Nummer 339 | Halle, Montag, den 4. Dezember 1922 | 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zwanzig Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 300.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 300.00, in den Ausgabestellen abgeholt 11 Mark 270.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 16.00, im auswärtigen Verkehr 11 Mark 30.00. Reklamen die Millimeter-Zeile 11 Mark 60.00 im Ortsverkehr und Mark 80.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22515. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Des Kanzlers Kampf gegen das Mißtrauen.

Cunos Appell an das Ausland — Die nahende Kabinettskrise in Frankreich — Poincares Ueberrumpelungsplan — Drohbriefe an Clemenceau — Teuerungsunruhen in Westdeutschland.

„Aussprache in aller Offenheit".

Der Empfangsabend des Vereins Berliner Presse im Reichstag.

Berlin, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der diesjährige Empfang des Vereins Berliner Presse am Sonntag im Reichstag bot das gewohnte große gesellschaftliche Bild. Mit dem Reichspräsidenten Ebert waren erschienen: Reichskanzler Dr. Cuno, die Reichsminister Groener, Hermes, Stingl, Dr. Brauns, v. Rosenberg sowie der Präsident des Rechnungshofes Saemisch. Die Stadt Berlin vertrat der Oberbürgermeister Boeß. Der Reichstagspräsident Loebe mit dem Vizepräsidenten Rießer waren als Hausherren anwesend. Vom Reichswirtschaftsrat sah man u. a. dessen Präsidenten Edler v. Braun. Von den einzelnen Parteien waren deren Führer anwesend, außerdem zahlreiche Vertreter von Kunst und Wissenschaft. Um 6 Uhr füllte die Gesellschaft den Ulenarsitzungssaal und die Tribünen bis auf den letzten Platz. Sofort nach Erscheinen des Reichspräsidenten Ebert eröffnete der Vorsitzende des Vereins Berliner Presse, Georg Bernhard, mit Dankesworten an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Minister den Empfangsabend. Darauf sprach

Reichskanzler Dr. Cuno:

Drei Faktoren seien für die Zukunft in gemeinsamer Arbeit zu verbinden: Presse, Regierung und Parlament. Alle drei Faktoren hätten ein gemeinsames Ziel: Die Einheit des Zieles bedeute nicht die Gleichheit des Weges und nicht einmal die Gleichheit des Ausgangspunktes der Arbeit. Die Presse solle ein richtiges, zuverlässiges, wahres Bild der Stimmung aus Regierung und Volk geben. Sie solle so gleichsam die Grundlage sein für die Entschließungen des Parlaments und der Regierung. So wird sie zum eigentlichen Bindeglied zwischen Volk, Parlament und Regierung. Der Reichskanzler begrüßte es mit Genugtuung, daß er von solchen Gedanken ausgehend zu der Presse sprechen könne. Wenn der Leiter des neuen Kabinetts nicht als Reichskanzler zu einem Auditorium, sondern als Mensch zu Menschen spreche, dann würde man sich näherkommen und besser verstehen. Seit Annahme des Billigungsvotums habe sich die Oeffentlichkeit mehr mit der Regierung beschäftigt als die Regierung mit der Oeffentlichkeit. Das liege in der Natur der Sache. Denn das Kabinett habe sich sofort an die Arbeit gemacht und Fühlung vor allem mit den einzelnen Ländern aufgenommen. Die öffentliche Meinung aber habe nach allen Methoden der Wissenschaft und Forschung das Kabinett seziert. Der Vergangenheit jedes einzelnen sei nachgegangen, die Parteirichtung sei geprüft und vor allem die Frage aufgeworfen worden, wie der einzelne Minister zum Parlament und zur Weimarer Verfassung stehe. In letzterer Hinsicht bestehe kein Zweifel; denn die Minister hätten alle den Eid abgelegt und seien gewohnt, Eide zu halten. Der Reichskanzler fuhr dann fort: Das Vertrauen des Volkes zur Regierung und das Vertrauen des Volkes zum Parlament sind die einzigen Stützen, die wir in dieser ernsten schweren Zeit als Trost in der Arbeit haben. Und damit komme ich zu dem Punkte, der meines Erachtens im Innern von ausschlaggebender Bedeutung ist. Es fehlt an

Vertrauen zwischen den verschiedenen Berufsschichten,

und doch können nur aus einer Arbeit, die alle Volksschichten umfaßt, und die von allen Volksschichten getragen wird, Früchte erwartet werden. Dieses Vertrauen muß gegründet sein auf der festen Grundlage der Moral und Autorität. Sie wissen, daß die Umschichtung aller Volksschichten und Vermögensklassen eine grundsätzliche ist. Die „neuen Reichen" sind sich zwar ihrer Rechte, aber nicht ihrer Pflichten dem Volkstum gegenüber bewußt. Wo Spiel und Tanz eine ausschlaggebende Rolle spielen, während auf der anderen Seite Tausende und Abertausende verkümmern, da ist nicht das richtige Vertrauen des einen zum anderen vorhanden. Die zweite Forderung ist Stärkung der Autorität, eine sklavische Unterordnung, ein sklavischer Gehorsam wird nicht verlangt, Vertrauen und Glauben an diejenigen muß aber gefordert werden, die mit allen Kräften jetzt heißen wollen, die Lage im Innern aufrechtzuerhalten und frei zu halten vor schwerer Störung, woher immer sie kommen möge. Der Geist, mit dem wir unser eigenes Haus erfüllen, der muß das Vertrauen, muß hinausdringen durch die Fenster und Türen in die Welt, damit er dort die Empfindung auslöst, daß die Welt Vertrauen zu uns haben kann. Der Welt fehlt das Vertrauen zu uns, das ist der Grundstock aller Uebel. Als ich vor neun Tagen hier sprach, habe ich den Versuch gemacht, in einfachen Worten ein solches Wort in die Welt hinauszurufen und die Dinge so einfach wie möglich darzustellen, daß sie von allen verstanden werden könnten. Das hat man nicht überall so aufgenommen, wie es gemeint und gewollt war. Man hat nämlich in französischen Kreisen gefunden, daß die Erklärungen zur Reparationsfrage entäuschen müßten und daß man den Willen vermisse, daß Deutschland das leisten wolle, wozu es verpflichtet sei. Das ist irrig. Der Grundsatz, daß wir nicht mehr als im Rahmen der Note vom 13. v. Mts. leisten können, kann niemand, der die deutsche Wirtschaft kennt, ernstlich bestreiten. Aus der Praxis eines Geschäftsmannes möchte ich sagen: dem Gläubiger ist mit der Vernichtung des Schuldners nicht gedient, noch weniger, wenn dieser Schuldner Selbstmord verübt. Das verhilft dem Gläubiger nicht zur Erfüllung seiner Forderungen. Besser ist es schon, wenn beide sich hinsetzen und miteinander verhandeln. Was den Willen anlangt, der von der Gegenseite bezweifelt wird, so kann ich, ohne unbescheiden zu sein, für mich in Anspruch nehmen,

daß mir geglaubt wird, was ich sage.

Ich stehe seit Jahren in der internationalen Arbeit. Ich habe eine Reihe von Verträgen und Abmachungen abgeschlossen, die dem Geiste und dem Worte nach unerklärt erfüllt worden sind. Ich werde mich, wie ich es meinen Geschäftsfreunden gegenüber getan habe, so auch den politischen Parteien gegenüber aussprechen. Auch Frankreich gegenüber werde ich mich in keiner Weise anders benehmen, als irgendeinem anderen Staat in der Welt gegenüber. Denn wir müssen mit Frankreich in Ordnung kommen. Durch Ultimatums- und Einmarschdrohungen wird nichts erreicht. Was im Elysee-Palast in Paris vor sich geht, klingt nicht wie wahrer Friede und wie Vertrauen zum Zusammenarbeiten der Völker. (Lebhafte Zustimmung.) Was die Einmarschdrohung Offenburg, die das Rheinland beunruhigt, so wollen wir doch erneut erklären, daß das Rheinland fest zu Deutschland gehört. (Brausender Beifall.) Auch gegenüber den Ereignissen der letzten Tage kann ich nur wiederholen, was ich schon gesagt habe:

daß wir nicht zulassen werden und können, daß die Rheinlande, d. h. die Rheinprovinz sowie die Pfalz und das Saargebiet preisgegeben, ihre Befreiung gefährdet oder hinausgeschoben wird.

(Stürmische Zustimmung.)

Darauf können sich unsere deutschen Brüder im Rheinland, die so schwere jahrelange Leiden über sich ergehen lassen mußten, fest verlassen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Ich appelliere an die Welt, daß sie uns die Möglichkeit schafft, daß wir aus diesem Wirrwarr und aus diesem sprunghaften Steigen der Lebensmittel herauskommen, indem die Mark stabilisiert wird. Sie, meine Herren von der Presse, sind nicht nur Verkünder von Thesen und Wahrheiten; sie sind zugleich die Träger des Leidens und der Not unserer Zeit. Eine wichtige Sorge, die uns hier alle umfaßt, möchte ich noch anschließen: Das Gelöbnis zum deutschen Lande, das unser aller Vaterland ist, das niedergedrückt, beherrscht und besetzt aus tausend Wunden blutet, zum deutschen Volke, das vier Jahre, nachdem die Waffen ruhen, das schwerste Schicksal eines Volkes ertragen hat, das allerschwerste, die Ungewißheit auch heute noch auf seinen Schultern lasten fühlt! Heil dem Lande und Volke! Heil unserer gemeinsamen Arbeit! (Stürmisch sich immer wiederholender Beifall.) Nach Dankesworten des Vorsitzenden Georg Bernhard wurde die Sitzung für geschlossen erklärt, und das Konzert in der Wandelhalle nahm seinen Anfang.

Die englische Reparationspolitik.

London, 4. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer" teilt mit, daß das Kabinett Bonar Law dieser Tage eine Meldung über die Reparationsfrage und die interalliierten Schulden zum Ausdruck bringen werde. Wenn einmal die vollständige Besetzung des Ruhrgebietes in Betracht gezogen werden sollte, werde das Kabinett Bonar Law die Wahl haben zwischen einer festeren Haltung gegenüber Deutschland, was die Wiederherstellung des europäischen Handels in fremden Staaten und die Erschließung außereuropäischer Märkte erforderlich mache, und der Fortsetzung der Kontroverse mit Frankreich, eine unangenehme Wahl, vor die sich England gestellt sehe. Im Laufe der nächsten Woche werde sich das Kabinett entschließen müssen, ob man das Ruhrgebiet haben wolle. Die kommenden Besprechungen werden die bisherigen an Wichtigkeit übertreffen.

Bonar Laws Reparationsrede.

London, 4. Dez. (Eigene Drahtmeldung.) Im Unterhause ergriff Bonar Law das Wort. „Es ist klar", sagte er, „daß ich nichts äußere, was in dem einen oder anderen Sinne die Verhandlungen von vornherein beeinflussen könnte. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß es eines der sonderbarsten Ergebnisse des Krieges sein würde, zu dem wir so große Opfer gebracht haben und aus dem wir siegreich hervorgegangen sind, wenn England das einzige von allen Ländern wäre, das eine Kriegsentschädigung bezahlt (andauernder Beifall auf den ministeriellen Bänken). Wenn eine Anzahl Abgeordneter mich darauf hinweist, daß es unmöglich sei, von Deutschland irgendeine Zahlung zu erhalten, so bedeutet das, daß die deutschen Hütten und Gruben nicht berührt werden dürfen, während diejenigen Frankreichs teilweise zerstört worden sind. Ist es vernünftig, vorzuschlagen, daß keine Reparationen gegeben werden durch diejenigen, die diese Zerstörungen verursacht haben? — Man erklärt, Deutschland könne nicht bezahlen, weil es notwendig sei, daß es in Waren bezahle. Setzt denn jemand voraus, daß Deutschland, wenn es sich wieder aufrichtet, nicht mehr exportieren wird? Es scheint nicht ungerecht, von dem Gesichtspunkt auszugehen, daß Deutschland gleichfalls etwas zahlen muß und daß man Taxen auf die deutsche Ausfuhr erhebt." Bezeichnenderweise hatte kurz vorher in Paris auch der frühere Kriegsminister Isaac der Meinung Ausdruck gegeben, Deutschland werde einen großen Ausfuhrhandel haben und müsse daher eine Ausfuhrsteuer für Wiederherstellungszwecke zahlen. Es läßt sich aus all diesen Aeußerungen mit ziemlicher Deutlichkeit erkennen, welcher Art im Gegensatz zu der französischen Reparationspolitik der britische Wiederherstellungsplan sein wird: Besteuerung des deutschen Außenhandels und Behinderung von deutscher Industrie und Wirtschaft.

Poincares neuester Plan.

London, 4. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) In englischen parlamentarischen Kreisen sieht man der Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten am 9. Dezember mit einiger Unruhe entgegen. Man weiß, daß Poincaré mit einem fertig ausgearbeiteten Plane für alle Fragen der Finanzkontrolle, der Pfänder, Anleihen usw. nach London kommen werde. Er arbeitet zurzeit mit dem Ministerium des Aeußern und mit den französischen Sachverständigen eifrig an der Fertigstellung seines großen Entwurfes. Bonar Laws Ansicht kennt man demgegenüber über alle diese Fragen noch nicht und wahrscheinlich steht sie überhaupt noch nicht fest. Gerade weil er sich in das ganze Gebiet erst gründlich einarbeiten wolle, hat Bonar Law den Vorschlag eines kurzen provisorischen Moratoriums für Deutschland gemacht, das mindestens ebenso sehr ein Moratorium für Bonar Laws Urteilsbildung und Beschlußfassung sein sollte. Poincaré beeilt sich aber gerade deshalb mit der Fertigstellung seines Programms, um dem Moratorium auszuweichen. Er wird in einer Versammlung sagen, ein Provisorium sei überflüssig, da er einen vollkommen brauchbaren Vorschlag servierte. Da aber sein Plan für alle Ministerpräsidenten ein Novum sein wird, befürchtet man hier Verhandlungsreibungen schärfster Art. Ueber einzelne Punkte könnte eine schnelle Einigung erzielt werden. Gegen eine vernünftige Finanzkontrolle in Deutschland soll Bonar Law nicht mehr viel einzuwenden haben, ebenso soll er zu gewissen Transaktionen in der Schuldenfrage bereit sein, die eine Verminderung der Schuldsumme und eine internationale Anleihe ermöglichen würden.

Weihnachtsspende aus Amerika.

Rund 100 Millionen Mark.

Die „Neuyorker Staatszeitung" hat zur Linderung der Not in Deutschland eine Weihnachtssammlung eingeleitet, der sich die mit ihr verbundenen Blätter angeschlossen haben. Der Reichspräsident hat sich auf Wunsch der „Neuyorker Staatszeitung", die sich mit 1000 Dollars an die Spitze der Sammlung gestellt hat, gern bereit erklärt, den Ertrag der Sammlungen entgegenzunehmen und für zweckmäßige Verteilung Sorge zu tragen. Als vorläufiges Ergebnis der Sammlung hat nun dieser Tage der Berliner Vertreter der „Staatsztg." Schmidt dem Reichspräsident den Betrag von 12 000 Dollars überreicht. Der Reichspräsident hat der „Neuyorker Staatszeitung" und allen Spendern für die tatkräftige Hilfe seinen herzlichsten Dank übermitteln lassen. Wegen der Verteilung der Spenden hat er den Reichsminister gebeten, schnellstens einen Plan vorzulegen. Die nach diesem Plan festgelegte Verteilung beabsichtigt der Reichspräsident dem Reichsarbeitsministerium zu überlassen.

Das Schicksal unserer Valuta.

Von Wirkl. Geh. Finanzrat Dr. v. Glasenapp,
Vizepräsident der Reichsbank.

Der Schicksalsweg der deutschen Mark hat in den letzten Wochen sehr stark dem Abgrund zugeführt. Von Anfang Oktober bis zum 7. November, also in wenig mehr als einem einzigen Monat, stieg der Dollarkurs an der Berliner Börse von 1815 auf 8450, d. i. auf mehr als das 4½fache, während vordem eine Verdreifachung des Kurses sich noch über die doppelte Zeitspanne hinziehen konnte. Die Erscheinung gleicht der abwärts rollenden Kugel, deren Geschwindigkeit sich immer mehr steigert. Fragt man nach dem Ursprung der katastrophalen Entwicklung, so kann die Antwort zunächst immer nur wieder in der Tatsache der trostlosen Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz gefunden werden, die ihrerseits in der Hauptsache bedingt ist durch die Reparations- und sonstigen Leistungen aus dem Friedensvertrage. Soweit nebenher auch das nicht zu unterschätzende Vertrauensmoment einen starken Entwertungsfaktor für die Mark darstellt, liegt hierfür der Grund einzig und allein darin, daß die brennende Frage der endgültigen Revision des Friedensvertrages, wie die verschiedenen, ergebnislos verlaufenden internationalen Konferenzen (Spa, Brüssel, London, Genua, Paris) hinlänglich beweisen, immer von neuem verzögert und so die Gefahr des vorzeitigen völligen Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft heraufbeschworen wird. Der Gedanke, die Hilfe für Deutschland werde zu spät kommen, ist es, der im Aus- und Inland eine Baissespekulation in Mark auslöst und die Mark in so erheblichem Maße verschlechtert.

Wenn die Gestaltung der Handelsbilanz allein für die Entwicklung der deutschen Valuta denkbar ungünstig, so steht letztere überdies noch unter dem Drucke der weiteren gewaltigen Passivposten der Zahlungsbilanz. Es sind dies u. a. die ungeheuer großen Zahlungen für die Besatzungstruppen, die Ententekommissionen, die Elsaß-Lothringer, die Unterhaltung deutscher Vertretungen im Ausland, ferner die für die Verfrachtung auf ausländischen Schiffen zu zahlenden Beträge, die Verzinsungs- und Tilgungsbeträge auf im Ausland aufgenommene Kredite und schließlich die Reparationsbar- und -sachleistungen, sowie die Zahlungen im Ausgleichsverfahren. Die valutaschädigende Wirkung der Sachleistungen vollzieht sich dergestalt, daß die zum regulären Export verfügbaren Warenmengen verringert und bei der Rohstoffarmut Deutschlands verstärkte Einfuhren notwendig werden, die mit Devisen zu bezahlen sind. Auch eine Intervention mit dem Hauptaktivum der Reichsbank, dem Goldbestand, wie sie neuerdings vielfach im In- und Ausland gefordert wird, kann der Entwicklung nachhaltig und ohne weiteres nicht begegnen. Vielmehr würde das Gold bei seinem Einsetzen von den Wogen der Spekulation verschlungen werden und die Mark alsdann in noch weit stärkerem Maße fallen.

Wie die Reichsregierung im Anschluß an die Berliner Währungskonferenz der Reparationskommission in einer Note mitgeteilt hat, läßt sich Abhilfe schaffen, wenn gewisse äußere und innere Voraussetzungen erfüllt sind. Zu den äußeren Voraussetzungen gehört in erster Linie, daß Deutschland zunächst einmal auf einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Versailler Vertrage befreit wird und die bestimmte Aussicht besteht, daß alsbald auch die Reparationsfrage selbst entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands eine Neuregelung erfährt. Ferner ist zum Zweck einer mit möglichster Beschleunigung in Angriff zu nehmenden Stützungsaktion für die Reichsmark ein internationaler Bankenkredit in Höhe von mindestens 500 Millionen Goldmark erforderlich. Ohne Mitwirkung des Auslandes, die ohne das vorerwähnte längere Moratorium nicht erzielbar sein wird, würden die geschwächten Kräfte Deutschlands nutzlos verpuffen. Als innere Voraussetzungen, die indessen nur erfüllbar sind, wenn sie äußeren Voraussetzungen gegeben sind, gelten vornehmlich: Herstellung des Ausgleichs im Reichshaushalt und Besserung der Handelsbilanz. Das Gleichgewicht im Reichshaushalt bedingt Verminderung der Ausgaben des Reichs. Zu diesem Zwecke sind ins Auge gefaßt: Aufhebung entbehrlicher Behörden, Verminderung des Beamtenapparates, Vervollkommnung der Steuereinzieh ung, produktive, rentable Gestaltung der Reichsbetriebe usw. Zur Besserung der Handelsbilanz wird eine Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit, eine gesteigerte Produktion in der Wirtschaft überhaupt angestrebt, was insbesondere einen erweiterten Abbau der Zwangsbewirtschaftung bedingt. Nebenher gilt es, den Konsum und die Einfuhr, vornehmlich die Luxuseinfuhr, stärker noch, als es bisher schon der Fall war, zu beschränken.

Nur unter diesen äußeren und inneren Voraussetzungen dürfte es also möglich sein, eine Stabilisierung der Mark in Angriff zu nehmen. Für den Fall, daß die Vorbedingungen erfüllt sind, hat sich die Reichsbank inzwischen schon bereit erklärt, der etwaigen Kredithilfe des Auslandes in der genannten Höhe von 500 Mill. Goldmark den gleichen Betrag in Gold oder Devisen an die Seite zu stellen, so daß dann, also im ganzen, eine Milliarde Goldmark für Interventionen zugunsten der Reichsmark verfügbar wäre. Für die Stützungsaktion wäre eine der Reichsbank anzugliedernde, im übrigen aber unabhängige Stelle zu schaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221204019/fragment/page=0001

Abschließend ist zu sagen, daß naturgemäß jede Stabilisierung der Mark zunächst nur vorläufigen Charakter haben kann. Die endgültige Stabilisierung wird erst möglich sein, wenn, wie angedeutet, die Bedingungen des Versailler Vertrages auf ein für Deutschland tragbares Maß gebracht sind.

Millerand gegen Poincare?

Paris, 3. Dezember. Die linksradikale Wochenschrift „Le progrès civique" bespricht im letzten Heft die Aussichten des Kabinetts Poincaré. Sie stellt fest, daß das Ministerium allgemein für ernstlich erschüttert gilt, meint aber, die Kammer würde sich zum Sturz des früheren Präsidenten der Republik nicht leicht entschließen können, so daß es Poincaré möglich wäre, noch monatelang an der Spitze der Regierung zu bleiben, falls er geneigt wäre, als Ministerpräsident mit verminderter Autorität weiter zu regieren. Dies hält der „Progrès civique" „bei der hohen Auffassung Poincarés von den Pflichten eines Regierungschefs für unwahrscheinlich". Das Blatt schreibt weiter, daß Millerand Poincarés Rolle für ausgespielt halte und deshalb einen Kabinettswechsel wünsche. Unter den Kandidaten für die Nachfolge nennt die Wochenschrift den Kriegsminister Maginot und vervollständigt die Ministerliste mit Senator de Jouvenel als Minister des Auswärtigen, Senator de Monzie als Finanzminister, Colrat als Justizminister, welcher aber in Anbetracht seiner wenig bedeutenden Persönlichkeit nur geringe Aussichten habe. Millerands Lieblingskandidat soll Viviani sein, der aber kaum annehmen werde. Loucheur kommt nach Ansicht des Blattes jetzt noch nicht in Frage, da Millerand gegen ihn sei.

Letzteren Angaben wird von wohlunterrichteter Seite widersprochen. Es liegt Grund zur Annahme vor, daß Loucheur seit dem Spätsommer dieses Jahres sowohl von Millerand als auch von maßgebenden Kreisen der französischen Industrie für den geeigneten Mann zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage gehalten wird und deshalb jetzt schon an erster Stelle zur Nachfolge Poincarés genannt wird. Es muß dabei dahingestellt bleiben, ob Loucheur es nicht für klug halten wird, die nominelle Leitung des von ihm beherrschten Kabinetts zunächst einem anderen zu überlassen.

Drohbriefe an Clemenceau.

Neuyork, 4. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Clemenceau hat neuerdings Drohbriefe erhalten. Die Polizei hat Vorsichtsmaßregeln getroffen. Bei seinem gestrigen Besuch in St. Louis war er von zahlreichen Detektiven begleitet.

Die „Riesendividenden".

Eine amtliche Antwort auf Pariser Hetzlügen.

Die Behauptungen, mit denen Poincaré die deutsche Wirtschaft als blühend und die Leitung der Staatsfinanzen als böswillig verschwenderisch hinzustellen suchte, wurden vor einigen Wochen deutschamtlich widerlegt. Die Agentur „Havas" antwortete mit einer Gegenkritik, deren Einzelheiten nunmehr abermals in einer amtlichen Auslassung richtiggestellt werden. Den Nachweis, daß die Zahl der Beamten im Vergleich zu 1913 zwar zugenommen, in der letzten Zeit aber erheblich abgenommen hat, sowie ausführliche Nachweise über die Einkommensteuer und über die Höhe der deutschen Reparationsleistungen folgt eine Darlegung über die industrielle Rentabilität. Dazu heißt es in der amtlichen Auslassung:

Im übrigen sind die in der vorigen WTB.-Meldung wiedergegebenen Zahlen über die geringe Rentabilität der deutschen Industrie von Havas mißverständlich verwertet worden. Die Durchschnittsdividende für die an der Berliner Börse notierten Aktienwerte war dort nach dem Stande vom Ende August d. J. mit 20,38 v. H. in Papiermark, die Durchschnittsrente des in diesen Aktienwerten angelegten Kapitals mit 1,85 v. H. genannt worden. Diese 1,85 v. H. stellen also nicht die Dividende in Goldmark dar, sondern nur die Papiermark-Verzinsung des Aktienkapitals, gemessen an dem derzeitigen Kurswert, während die 20,38 v. H. sich auf den Nennwert des Aktienkapitals beziehen. In Goldmark ausgedrückt ist die Dividende natürlich viel niedriger. Die 20,38 v. H. in Papiermark entsprechen dem Stande der Wechselkurse Ende August d. J. einer Dividende von nur fünf Goldpfennig, d. h auf 100 Mark eingezahltes Kapital wurden zu diesem Zeitpunkt nur fünf Goldpfennig Dividende erzielt. Bei der inzwischen weiter fortgeschrittenen Entwertung der Mark ergeben die entsprechenden Ziffern für Ende Oktober d. J. nur noch eine Dividende von 2,1 Goldpfennig für 100 Mark Aktienkapital.

Preußischer Landtag.

Berlin, 3. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die Sonnabendsitzung des Preußischen Landtages hätte in einer knappen Stunde erledigt sein können, wenn nicht die Kommunisten, vor allem ihre Mitglieder Schulz-Neukölln und Katz wieder einmal die Gelegenheit benutzten, durch andauernde Hervorrufung von Lärmszenen die Sitzung über Gebühr in die Länge zu ziehen. Systematische Beleidigungen des Präsidenten Leinert gaben diesem Veranlassung, unter dem lebhaften Beifall des ganzen Hauses die Anrufung des Aeltestenrates und die Ergreifung schärfster Maßnahmen gegen derartige Beleidigungen des Präsidenten sowie die Hervorrufung derartig unwürdiger Szenen überhaupt in Aussicht zu stellen. — Einem Antrag des Ausschusses für Besitzübergangspolitik, auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, wonach vor Eingehung einer Ehe der Austausch von Gesundheitszeugnissen vorgeschrieben wird, stimmte man zu. In den Schulen sollen Belehrungen über die gesundheitliche Grundlage der Ehe erteilt, an den Universitäten sollen Vorlesungen über Vererbungslehre gehalten werden. — Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Schaffung einer Baumeile für das Berliner Rathaus fand nicht die Zustimmung der Mehrheit des Hauses. — Ein Antrag des Verfassungsausschusses auf Aufklärung der Mordtat an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf der Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) mehrere Ordnungsrufe, da er u. a. dem Parlament vorwirft, es sei moralisch verkommen, und die Polizeioffiziere führten absichtlich Zusammenstöße herbei, um Blut fließen zu lassen. Nach längerer zum Teil sehr stürmischer Aussprache wird ein kommunistischer Antrag auf Verweigerung der Auslieferung des Kommunisten Obuzat an die italienische Regierung abgelehnt. — Danach vertagt sich das Haus, nachdem der Aeltestenrat sich darüber schlüssig gemacht hatte, auf Montag, den 11. Dezember.

Verteuerung der Lebenshaltung um über 100 Prozent.

Berlin, 3. Dezember. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) von 22 068 im Oktober auf 44 610 im Durchschnitt des Monats November, mithin um 102,2 v. H. gestiegen. Die Indexziffer ohne die Bekleidungsausgaben, die im Oktober 19 304 betrug, hat sich auf 40 047 erhöht; die Steigerung beträgt 105,3 v. H. Die Indexziffer für die Bekleidungskosten allein ist um 91,8 v. H. auf 74 162, die für die Ernährungsausgaben um 106,5 v. H. auf 54 982 gestiegen.

Streiks und Unruhen.

Terror in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 2. Dezember. Eine Verschärfung der Lage ist dadurch eingetreten, daß die von der Streikleitung aufgestellten Streikposten die Angestellten und Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabrik am Betreten des Werkes mit Gewalt hindern, so daß auch der kaufmännische Betrieb der Fabrik lahmgelegt werden muß. Insbesondere versuchte die Kommunisten weiter den Generalstreik durchzusetzen. „Die Arbeiterzeitung" schreibt, daß die Arbeiterschaft auch ohne die Gewerkschaften den Kampf führen werden. In einer Metallarbeiterversammlung, in der die Kommunisten in der Mehrzahl waren, wurde ein Antrag angenommen, beim Hauptvorstand durchzusetzen, daß der Streik sanktioniert wird und daß mit den örtlichen Streikleitungen sofort in Verbindung zu treten sei, um die Bewegung zu vereinheitlichen. In wilden Versammlungen der Fabrikarbeiter, Maschinisten, Heizer und Bauarbeiter wurde die Durchführung des Streiks bis zum siegreichen Ende gefordert.

Auch aus anderen Teilen des Reiches laufen Nachrichten über Unruhen ein. Aus Aachen wird gemeldet, daß sich im Anschluß an kommunistische Betriebsratsversammlungen große Demonstrationszüge auf dem Marktplatz versammelten. Ein Trupp berittener Schutzpolizei wurde von der Menge mit Drohungen und mit Rufen empfangen. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurde die Menge zunächst von den Seitenstraßen abgedrängt. Eine Deputation der Kommunisten begab sich zum Rathaus und brachte ihre Forderungen vor, vor allem auf Kontrolle der Preise in den Lebensmittelgeschäften. Während der Verhandlungen im Rathaus kam es auf dem Marktplatz wiederholt zu bedenklichen Szenen. Die Polizei wurde hart bedrängt.

Was wir zahlen müssen.

Die Bezüge der in Deutschland weilenden Mitglieder der interalliierten Kontrollkommission haben sich wieder einmal — nicht zu ihrem Nachteile — verändert. Bis zum 1. September 1922 erhielten monatlich:

der Vorsitzende General Nollet	310 800 M.,
sonstige Generale und Obersten	229 425 M.,
sonstige Obersten u. Oberstlts.	163 875 M.,
Majore	147 525 M.,
Hauptleute und Leutnants	139 275 M.,
Unteroffiziere	75 750 M.,
Gemeine	45 900 M.

Alles das neben Heimatbezügen und freier Wohnung! Jetzt hat die Botschafterkonferenz beschlossen, daß diese Bezüge mit Rückwirkung vom 1. Oktober zu verdreifachen sind. — Nun weiß man wenigstens, daß diese unsere angenehmen Mitbürger in Deutschland nicht zu hungern brauchen.

Aufstände in Griechenland.

Athen, 4. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) In zahlreichen Provinzstädten Griechenlands, wo die Parteien Gunaris, Strathos und Theotokis auch nach der Erschießung ihrer Führer Anhänger besitzen, sind gegenrevolutionäre Bewegungen ausgebrochen. Auf der Insel Korfu, der Heimat Theotokis, hißten seine Anhänger die englische Flagge und erklärten sich von der Athener Regierung unabhängig, solange dort die Venizelisten herrschen. In Patras und Missolunghi erhoben sich die Anhänger Gunaris gegen die revolutionäre Herrschaft. Aus Griechenland kommt ferner die Meldung, daß die thrazischen Truppen unter der Einwirkung der Nachrichten aus der griechischen Hauptstadt Zeichen von Disziplinlosigkeit bekunden. — Aus den in London vorliegenden griechischen Nachrichten ist zu ersehen, daß in Athen eine starke Zensur ausgeübt wird. Die kurzen offiziellen Berichte sagen nur, daß die Stadt ruhig ist, aber in Besorgnis vor den kommenden Ereignissen lebt.

Der Prozeß gegen Prinz Andreas.

Paris, 3. Dez. (Eigene Drahtmeldung.) Der Prozeß gegen den Prinzen Andreas von Griechenland begann gestern in Athen. Nach einem kurzen Verhör wurde der Anklageakt verlesen. Der erste Zeuge war General Papapulos. König Alfons von Spanien soll durch den spanischen Gesandten in Athen Schritte zugunsten des Prinzen unternommen haben. In der Verhandlung wurde abends um 11 Uhr das Urteil gefällt. Der Prinz wurde einstimmig für schuldig befunden, dem Oberbefehlshaber den Gehorsam verweigert und seinen Posten vor dem Feinde verlassen zu haben. Als mildernder Umstand wurde seine Unerfahrenheit zum Kommando über größere Truppenteile angenommen. Er wurde zum Verluste seines militärischen Ranges und zur lebenslänglichen Verbannung (nach einer anderen Meldung zu lebenslänglichem Zuchthaus!) verurteilt. — Der griechische außerordentliche Gesandte in Washington, Goramilos, den Venizelos nach Washington gesandt hatte, hat an die Athener Regierung seine Demission berichtet mit der Bemerkung, „daß er nicht mit einer Regierung zusammenarbeiten könne, deren Hände mit Blut befleckt seien", und deren Verhalten die Entrüstung der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen habe. In einer offiziellen Mitteilung erklärt die griechische Regierung, daß der Prozeß gegen die hingerichteten Staatsmänner und Generale im Rahmen des Gesetzes verlaufen sei und daß das Vorgehen der Regierung die bezeugte Zustimmung des Volkes gefunden habe. Die Absicht der Regierung sei gewesen, das Vertrauen und die Kampfkraft der Armee wiederherzustellen. Daß sei nur möglich gewesen, indem diejenigen bestraft wurden, die an der Katastrophe des Landes schuldig waren. Die Wiederherstellung des Heeres sei zum größten Teile bereits vollendet und seine gegenwärtige Kampfkraft dürfe auf dem Balkan nicht unterschätzt werden.

Prozeß Rahardt und Genossen.

Berlin, 3. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) In der gestrigen Verhandlung gegen Ehrenobermeister Karl Rahardt und Genossen wurden Beamte vernommen, die der Vorstandssitzung der Handwerkskammer beigewohnt hatten. Sie bekundeten, daß Präsident Rahardt gesagt hätte, daß von der Vergleichssumme 79 000 Mark für besondere Auslagen, Spesen und Provisionen abzuziehen. Auf die Frage des Präsidenten, ob auch die Mitglieder des Vorstandes damit einverstanden seien, hätten alle Mitglieder ihre Zustimmung zu erkennen gegeben. In dieser Sitzung soll auch der Staatskommissar, Oberregierungsrat Rentsch, zugegen gewesen sein, welcher als Zeuge erklärte, daß er die Möglichkeit seiner Anwesenheit zugeben müßte. Es handelt sich bekanntlich bei den 79 000 Mark um den Betrag, welchen Rahardt der Handwerkskammer, der Behauptung der Anklage nach, veruntreut haben soll.

Hallischer Witterungsbericht.

	3. Dezember 9 Uhr abends	4. Dezember 7 Uhr morgens
Barometer: Millimeter	759.8	761.8
Thermometer: Celsius	5.1	2.3
Rel. Feuchtigkeit %	83%	77%
Wind	SW 1	SE 1

Maximum der Temperatur am 3. Dezember 7.3 C.
Minimum in der Nacht vom 3. Dezember zum 4. Dezember 1.1 C.
Niederschläge am 4. Dezember 7 Uhr morgens 0.4 mm.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Weihnachtswünsche.

Nun rüsten wir zum Weihnachtsfeste,
Da wünscht ein jeder sich das Beste.
So will der Hans, der kleine Mann,
Ein Schaukelpferd, das — wiehern kann,
Und Liesel träumt schon wochenlang
Von einer Puppe mit Gesang ...
— Den Vater schaudert's, und er denkt:
Wenn mir nicht einer 'n Dollar schenkt,
Dann weiß der Deubel, wie ich alles
Einkaufen soll bei meinem Dalles!
Bedrückt horcht er die Gattin aus:
„Was wünscht denn du dir, liebe Maus?"
„Ach," müßet sie, „es ist nicht viel —
Schenk mir ein paar Paket Persil!"

Persilins.

Tänze und Spiele.

Die Mary Zimmermann.

Ein Hauch von Wehmut liegt darüber, wenn Vergänglichkeit mit leisem Finger in ein schönes Frauenantlitz greift. Graue Vögel ziehen über duftigen Rosengarten. Diese Empfindung weckte Mary Zimmermann, die Tänzerin, diesmal. Als sie die erste Mazurka beendet hatte, blieben ihre erwartungsvollen, den Thaliasaal restlos füllenden Freunde und Verehrerinnen kühl; auch „Die Meisterin", die Krone des vorjährigen Abends, enttäuschte. Die veränderte Kostümierung war wenig vorteilhaft. Sie ließ die schärfer gewordenen Züge deutlicher sehen. Die trockenen Wangen, die eckigen Bewegungen, komödiantenhaft übertriebene Gesten, scharfe Rufe in die Zuhörer — das sind die grauen Vögel, die den Rosengarten beschatten. Und Widersinn ist es, Tanzpantomimen durch halblaut gesflüsterte Worte, statt durch Gestaltung zu verdeutlichen.

Im Russentanz und in der sterbenden Liebe aber erstand die echte Mary Zimmermann wieder, wie sie in der Erinnerung lebt, wie sie die Herzen mit Anmut und siegender Schönheit im Sturm nahm. Daß sie die gleichen Tänze brachte und zum Ueberfluß wiederholte, wehte den Duft und die Frische hinweg.

In ihre Schülerinnen pflanzte sie den eigenen Geist und stellte durch sie liebliche Bilder. Die drei Tanzhahns entzückten und gaben das Versprechen, wenn man sie nicht zu früh in enge Formen preßt, das Erbe der Meisterin weitertragen und höher zu führen. Denn jugendliche Technik und unermüdliche Tanzfreudigkeit stellen die Zimmermann heute noch turmhoch über jene „Seelenverkünderinnen", die vergessen, daß Tanz nicht philosophische Ausdeutung eines Opus mit großem Namen ist, sondern zuströmendes Lebensgefühl.

*

Das junge Wien im Stadttheater.

Morgenfeiern sind über das Stadium des Experiments noch nicht hinausgelangt, wo sie auch im Deutschen Reiche angelegt waren. Von den beiden Veranstaltungen, die bisher das Stadttheater in freundlichem Bemühen um die Gunst des deutschen Schrifttums gab, war die gestrige die glücklichere.

Wo blieben die Literaturbegeisterten, die über Vernachlässigung der neuzeitlichen Dramen auf unserer Bühne klagen? Klein war die Gemeinde, vor der Dr. Hugo Bieber (Berlin) die Köpfe des „jungen Wien" zeichnete: Hermann Bahr, das Chamäleon, den Propheten und Verleugner seiner eigenen Gebote, Hugo von Hofmannsthal, der mit zu höchster Meisterschaft ausgebildeter Sprachkunst, mit reichster Schönheit alte Perlen in neue Fassungen fügt, den geistsprühenden, Wiener Leben typisch gestaltenden Arthur Schnitzler, den schwermutbetupften Stephan Zweig und den Dichter des „Grafen von Charolais" Richard Beer-Hofmann. Ihr Bild steht fest, wenn sie auch hier und da noch einige Dichter auffetzen.

Von Moll urteilt, von lastender Tragik überdrückt ist Hofmannsthal „Frau im Fenster", und reicher Mittel der Bühne, welcher Mittel der Sprache bedarf es, als die herbe Luise Sessing ihrer Madonna Dianora geben konnte, um das Geschick dieser in den Purpurtiefen der Liebe versunkenden Schuldlos-Schuldigen zu erfüllen.

Vom Pinienhain eines lombardischen Palastes bis zum Abendtisch eines Wiener Hotels ist ein weiter Weg. Mit Austern und Champagner läßt Arthur Schnitzler die leichten Kinder seines Geistes das „Abschiedssouper" begehen. War's billiger „Stoff" nur? Der Rausch der Annie geriet etliche Grade unter die Grenze, die auch ein Wiener Mädel kaum vergißt. Behaglich schlürfte Max, der gute, treue Freund, lachte sehr herzlich und blieb der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Anatol aber trank wenig; drum blieb er auch so nüchtern.

Ende.

Liederabend von Maria Olszewska.

Warum stellte der Beleuchtungsinspektor, um die äußeren Vorzüge der Sängerin besser ins rechte Licht zu rücken, ausgerechnet zwei senkrechten Serien von Glühbirnen, die während der Reihe Schumann- und Brahmslieder nacheinander eingeschaltet wurden und so erheblich zum Erfolg des Abends beitrugen, nicht eine Stimmungslampe auf das Podium? Er hätte so ein äußerliches Mittel mehr hinzuerfinden zu der Fülle derer, die von der Sängerin ins Feld geführt wurden, um sogenannte Stimmung zu zaubern und von der dann, wie es schien, der größte Teil des Publikums erschlagen wurde, daß es in frenetischem Beifall sich äußerte, der bei einem Mindestmaß von kritischer Genußfähigkeit schwer zu verstehen war.

Gewiß, die Stimme der Sängerin ist phänomenal. Das ist ihr in Halle mit Recht oft gesagt worden. Diesmal, beim Fehlen der Orchesterrotunde, machte sich jedoch mancher Erdenrest bemerkbar, u. a. eine gewisse Unausgeglichenheit zwischen der pastosen, manchmal allerdings etwas robusten Tiefe und der leuchtenden, dabei weichen Höhe. Empfindliche Mängel in der Behandlung der Konsonanten müssen abgestellt werden.

Am Schubert, Schumann und Brahms zu gestalten, dazu bedarf man aber noch anderer Qualitäten als bloß der schönen Stimme. Gemeinplätze seien mir erspart, manch einer aus dem pp. Publikum sehen sie allerdings nicht zu kennen, genug, es fehlte die Hauptsache — die Seele. Gewiß wurden Lieder, wie „Der Tod und das Mädchen" oder „Du bist die Ruh'", mit allem erdenklichen sinnlichen Klangreiz ausgestattet, aber wenn hinter den Linien der Schubertschen Melodieführung nicht die ganze Persönlichkeit steht, wenn ein Lied wie „Du bist die Ruh'" nicht beinah nachempfunden wird, so stellt sich eben die Wirkung nicht ein, die wir bei dem Klassiker des Liedes als so beglückend empfinden, dies Aufgehen in der Unendlichkeit, dies Losgelöstsein von allen Schranken des Raumes, der Zeit und vor allem von allem Materiellen und Nur-Sinnlichen.

Aber nicht nur die Grundforderung, die man an eine Interpretation Schubertscher Lieder stellen muß und deren Erfüllung ebenso wie die schöne Stimme ein Geschenk des Himmels ist, blieb unerfüllt, sondern auch all das, was durch künstlerische Erreichung hinsichtlich Stilgefühl zu erreichen ist, war nur in unvollkommener Weise vorhanden. Geradezu komisch wirkte in dieser Beziehung die Manieriertheit in der Ausführung der Verzierung in der Schumannschen „Mondnacht".

Die Lieder, in denen das dramatische Element im Vordergrund stand, lagen der Bühnensängerin noch verhältnismäßig am besten, wenngleich auch z. B. in der Wiedergabe des Erlkönigs, der übrigens am meisten unter schlechter Begleitung zu leiden hatte, von zwingender Gestaltung keine Rede sein konnte. Der Schumannsche Spielmann muß so gesungen werden, daß man eine Gänsehaut bekommt, und im Waldesgespräch, dieser unbeschreiblich schönen Weihenе, wurde das Unheimliche in den Schlußworten der wundervollen Loreley durch allzu dicke Tongebung zu ersehen verkuppt und naturgemäß zerstört. Auch die eben überall nur oberflächliche al-fresco-Manier.

Sogar die Brahmsschen Zigeunerlieder, die in dieser Beziehung dem Temperament der Sängerin entgegenzukommen scheinen, wurden so leidenschaftslos gesungen, wie ich sie selten gehört habe. Warum unterschlugen die Künstler das letzte Lied des Zyklus?

Als Abschluß des Abends eine Geschmacklosigkeit: Die Sängerin gab auf vielseitigen Wunsch nach Schubert, Schumann, Brahms — die Habanera aus Carmen zu... Wer hat der Sängerin an solchem Liederabend nach solchem Programm hierzu geraten? Es gab an dem Abend Musikfreunde, die sich daraufhin voll Entsetzen in die Garderobe stürzten und fluchtartig das Weite suchten.

Wie sagt Schiller vom Künstler? Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben. Bewahret sie!

K. B. Dr. Viol.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221204019/fragment/page=0002